



Resolution

CEDAW in Niedersachsen umsetzen

Der Landesfrauenrat Niedersachsen e.V. begrüßt es, dass die Landesregierung die UN-Frauenrechtskonvention CEDAW mit dem Projekt „Gleichstellung sichtbar machen – CEDAW in Niedersachsen“ zum Thema im Land gemacht hat. Das Abkommen und die damit verbundenen Rechte für Frauen müssen auch weiterhin bekannt gemacht werden. Neben der kommunalen Ebene erwarten wir von der Landesregierung, selbst Initiativen zu ergreifen, das Menschenrechtsinstrument umzusetzen und insbesondere in der Justiz bekannter zu machen.

Begründung:

Die wichtigste internationale Frauenrechtskonvention, das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau / **C**onvention on the **E**limination of All Forms of **D**iscrimination **A**gainst **W**omen, CEDAW, wurde 1979 verabschiedet. Dieser frauenspezifische Menschenrechtskatalog trat 1981 in Kraft und ist bis heute von 163 Staaten unterzeichnet worden. Die Konvention, die auch von Deutschland unterzeichnet wurde, verbietet die Diskriminierung von Frauen und fordert die Umsetzung von Gleichstellung. Die Mitgliedsstaaten müssen alle zwei Jahre Berichte vorlegen, in denen dokumentiert wird, wie weit sie mit dieser Umsetzung bereits sind.

In Niedersachsen ist 2018 das Projekt „Gleichstellung sichtbar machen – CEDAW in Niedersachsen“ gestartet. Es zeigt gute Beispiele in Kommunen und entwickelt Ideen, wie auch die Dinge, die noch nicht so gut laufen, mit Hilfe der aufgebauten Netzwerke weiter vorangebracht werden können. In der ersten Phase sind Modellprojekte in drei Städten gestartet:

- Aurich, wo es insbesondere um die „Sicherstellung der Geburtshilfe im ländlichen Raum“ geht,
- Göttingen, wo die politische Partizipation von Frauen im Mittelpunkt steht und
- Osnabrück, wo das leider immer noch aktuelle Problem „häusliche Gewalt“ mit dem Schwerpunkt „Hochrisikofälle“ zum Thema gemacht wurde.

Das Projekt wird von Gleichberechtigung und Vernetzung e.V. in Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros Niedersachsen und Unterstützung des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung durchgeführt.

Weitere Informationen: <http://gleichstellung-sichtbar-machen.de/>

Die Resolution wurde einstimmig verabschiedet

Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0